

„Demokratie bedarf der ständigen Pflege!“ – Wer pflegt? Vor allem aber: Wie soll gepflegt werden?

*Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): Demokratie braucht politische Bildung. Wochen-schau-Verlag. Schwalbach/Ts. 2004, 387 Seiten.*

In der Didaktischen Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg haben Gotthard Breit und Siegfried Schiele einen neuer Band mit dem Titel „Demokratie braucht politische Bildung“ herausgegeben.

Im einleitenden Aufsatz zeigt Siegfried Schiele, dass sich die politische Bildung in einer schwierigen Lage befindet. Sie ist einerseits als Vermittlerin zwischen Politik und Bevölkerung dringend notwendig, da die enormen Reformprozesse nur dann erfolgreich angestoßen und vollendet werden können, wenn ein großer Teil der Bevölkerung diesen schwierigen Weg mitgeht. Dies kann nach Schiele aber nur auf der Basis einer Grundausstattung von politischer Bildung geschehen. Andererseits wird die politische Bildung eher ab- als ausgebaut und ist zu einem „*Mauerblümchendasein*“ (S. 1) verdammt. Grund dafür ist, dass die Chancen, die politische Bildung bietet, nicht gesehen oder nicht genutzt werden und es der Zukunft nicht gelungen ist, die vorhandenen Erfolge der politischen Bildung deutlich herauszustellen. Schiele macht aber deutlich: „*Demokratie braucht politische Bildung!*“ (s. S. 133 dieser Ausgabe!)

27 meist namhafte Autorinnen und Autoren, die zum größten Teil aus dem akademischen Bereich der politischen Bildungsarbeit stammen, nähern sich der Thematik aus unterschiedlichen Perspektiven. Die Aufsätze sind in sieben Teile gegliedert: Politische Bildung in der Demokratie; Fachwissenschaft und politische Bildung; Politische Bildung; Politikunterricht und politische Bildung; Außerschulische politische Bildung; Die Lehrenden in der politischen Bildung und Beispiele aus der Praxis.

Weitgehend einig ist man sich darüber, dass in so schwierigen Zeiten gerade die politische Bildung eine Möglichkeit ist, produktiv mit den Herausforderungen und Umbrüchen umzugehen. Vor allem über die Zugänge zum Politischen in der Schule zeugen die einzelnen Beiträge in diesem Band von einer kontroversen

Diskussion. Gerade jedoch mit der Formulierung von Bildungsstandards, mit der Entwicklung eines Kerncurriculums sowie mit der Neufassung der Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung sollte ein Konsens über den „Kern der politischen Bildung“ gefunden werden. Die Kontrahenten und ihre Positionen sind weitgehend bekannt und bieten wenig Neues. Peter Massing plädiert dafür, dass Politik der Kern der politischen Bildung sein muss. Für ihn kann Demokratie-Lernen nur als Politik-Lernen sinnvoll sein. Jedoch ein Politikbegriff, der lediglich den Anspruch eines Arbeitsbegriffs erhebt, reicht nicht aus, um Politik als Kern der politischen Bildung zu bestimmen. Nur solche Inhalte können nach Massing für politische Bildung bedeutsam sein, die zum politischen Raum gehören, d.h. ihnen liegt ein weiter oder enger Politikbegriff zugrunde oder sie weisen eine politische Relevanz auf. Außerdem müssen die unterschiedlichen Tiefenstrukturen des Politischen sichtbar werden und die „Logik des Politischen“ zu Tage treten.

Dagegen setzt Gerhard Himmelmann weiter auf das Konzept des „Demokratie-Lernens“. Für ihn ist der Ansatz „Politik als Kern“ aufgrund externer Entwicklungen – hier verweist er u.a. auf Neuerungen in politisch-demokratischen Schulkonzepten, das Programm der Bund- und Länderkommission „Demokratie lernen und leben“ und die internationale Diskussion über das Konzept „Education for Democratic Citizenship“ – nicht weiter tragfähig. Auch den fachübergreifenden sozialwissenschaftlichen Ansatz der Fachgruppe Sozialwissenschaften (Günter Behrmann, Tilman Grammes und Sibylle Reinhardt) lehnt er mit dem Argument ab, ihm fehle eine stufendidaktische Ausprägung. Für Himmelmann hinkt Deutschland auf dem Weg zu einem neuen Konzept der „Education for Democratic Citizenship“ hinterher, aber die ersten Schritte in die richtige Richtung seien gemacht.

Der Band zeigt insgesamt sehr deutlich, dass es einzelne Erfolge in der politischen Bildung gibt, weist aber ebenso auf Defizite und Desiderate hin und ist somit Mahnung und Appell zugleich. Es bleibt zu hoffen, dass beides nicht nur in den Reihen politischer Bildner auf offene Ohren trifft, denn Schiele bringt es bereits am Anfang des Bandes auf den Punkt: „*Ohne eine „kopernikanische Wende“ im Hinblick auf die Bedeutung politischer Bildung*

werden die gegenwärtigen und zukünftigen Probleme kaum zu meistern sein.“ (S. XI)

Markus Gloe

Gutmann, Amy (1999; zuerst 1987): *Democratic Education. With a New Preface and Epilogue.* Princeton University Press. Princeton.

Amy Gutmann geht in ihrer Studie von den Fragen aus, weshalb überhaupt theoretische Bemühungen über erzieherische Fragen notwendig sind und weshalb der Fluchtpunkt dieser Bemühungen eine demokratische Theorie sein sollte. Zur Beantwortung der *ersten Frage* verweist die Autorin auf die Tatsache, dass theoretische Prämissen immer in pädagogische Tätigkeiten eingehen und eine bewusste Reflexion dieser Prämissen uns über unser Tun aufzuklären hilft. Die Beantwortung der *zweiten Frage* erfolgt im Ausgang der Diagnose, dass (mit Aristoteles) die pädagogischen Ziele einer Gesellschaft zwar von eben dieser abhängen, dass aber die Formulierung der für eine Gesellschaft einschlägigen Erziehungsziele kontrovers ist. Diese unhintergehbare Kontroversität ist für Gutmann das Fundament, auf der sie ihr normatives Gebäude demokratischer Bildung (*democratic education*) errichtet: „There is no morally acceptable way to achieve social agreement on a moral ideal of education [...]. We can do better to try instead to find the fairest ways for reconciling our disagreements, and for enriching our collective life by democratically debating them“ (12). Eine *demokratische* Theorie wird hier angestrebt, weil Deliberation der einzig praktikable Weg sei, mit der Inkommensurabilität von Erziehungszielen umzugehen und weil Gutmanns Demokratieverständnis deliberativer Natur ist. Die Nähe zu deliberativen Konzepten von Ethik (Habermas) und Pädagogik (Dewey) wird deutlich.

Deliberation als zentrales normatives Konstrukt erlaubt es der Autorin, zwei, die gesamte Studie durchziehende Fragen zu behandeln: Wer sollte über Ziele und Methoden öffentlicher Erziehung entscheiden? Und: Welche Grenzen dürfen diese Entscheidungen nicht überschreiten, um noch als demokratisch gelten zu können? Die *erste Frage* wird durch die Auseinandersetzung mit verschiedenen theoretischen Ansätzen, die ich als staatsorien-

tiert (Platon), familienorientiert (Locke) und schülerorientiert (J. St. Mill) bezeichnen möchte, entschieden. Nach Gutmann schließen all diese Theorien jeweils die berechtigten Interessen bestimmter sozialer Gruppen an der Erziehung aus. Von demokratischer Bildung könne aber nur die Rede sein, wenn alle Beteiligten – Staat, Familien und Schüler – an den pädagogischen Entscheidungen teilnähmen (Prinzip: *shared trust*). Die *zweite Frage* nach den Grenzen der pädagogischen Entscheidungen kann im Anschluss nur so beantwortet werden, dass diese Entscheidungen die deliberative Suche der Schüler nach Konzepten des guten Lebens nicht verhindern (Prinzip: *nonrepression*) und dass kein Schüler von dieser Suche ausgeschlossen wird (Prinzip: *non-discrimination*). Demokratische Bildung soll hier die normativ gehaltvollen Bedingungen (Habermas) der bewussten Entwicklung individueller und kollektiver Lebensentwürfe sicherstellen.

Mit Hilfe der grundlegenden Prinzipien *shared trust*, *nonrepression* und *non-discrimination* ist die Autorin in der Lage, eine überaus große Bandbreite von Themen und Problemen demokratischer Bildung zu bearbeiten. Der Fokus auf die USA wird deutlich, macht das Buch jedoch nicht uninteressant für europäische Leser: Gutmann äußert sich zur voruniversitären Bildung (z.B. allgemeine Ziele, Unterrichtsmethoden, Demokratisierung von Schulen, Buchzensur der *school boards*, Kreationismus, Sexualerziehung, die professionelle Rolle der Lehrer, Lehrgewerkschaften, Schulfinanzierung), zur universitären Bildung (z.B. allgemeine Ziele, *racial discrimination*, Finanzierung), zur Erwachsenenbildung ebenso wie zu außerschulischer Bildung (z.B. durch Massenmedien und Büchereien).

Wenngleich das Buch keinen Beitrag zur deutschen Debatte in der Politikdidaktik um politische *oder* demokratische Bildung leistet, muss man das Fazit ziehen, dass es als streitbares Standardwerk für eine deliberativ-demokratisch ausgerichtete Bildung fungieren kann. Die mäßige Rezeption des erstmals 1987 erschienenen Buches ist deshalb bedauernswert – auch weil es durch die Bandbreite der abgedeckten Themen für einen großen Leserkreis (Lehramtsstudierende, Lehrer, Lehrerbildner, Schul- und Bildungsplaner) interessant ist.

Michael May